

BAföG-Reform jetzt verlässlich umsetzen. Bildungsaufstieg sichern.

Drucksache 8/7079 · eingebracht 2026-06-04 — Antragsteller: **LINKE**

Bildung

Soziales

Finanzen

Jugend

ZUSAMMENFASSUNG

Die LINKE-Fraktion fordert die Landesregierung auf, sich bundesweit für eine verbindliche, auskömmlich finanzierte und rasch umzusetzende BAföG-Reform einzusetzen und regelmäßig über ihre Aktivitäten zu berichten.

KERNFORDERUNGEN

- Verbindliche Umsetzung der BAföG-Reform bis WS 2026/27
- Fortlaufende Berichtspflicht der Landesregierung an den Landtag
- Kritik am Reformstau und an der unzureichenden Armutsfestigkeit des aktuellen BAföG

BEWERTUNG

8.0/10

GEMEINWOHL - SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag zielt auf eine existenzsichernde, elternunabhängige und rückzahlungsfreie Ausbildungsförderung ab — dies stärkt direkt soziale Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1) durch Armutsfestigkeit und Teilhabesicherung. Er berührt auch Solidarität (D2), da er Bildung als Gemeinwohlgut begreift, und Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch Forderung nach fortlaufender Berichterstattung. Kein Feld widerspricht GWÖ-Werten; die einzige Schwäche ist die fehlende Verankerung in ökologischen oder transnationalen Dimensionen (E3/E5).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Fokussierung auf soziale Gerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit
- Konkrete Forderung nach parlamentarischer Kontrolle (Berichtspflicht)
- Verbindung von Bildungspolitik mit Fachkräftesicherung und Strukturwandel

Schwächen

- Keine Verankerung in kommunalen Handlungsfeldern (z. B. Azubiticket, lokale Beratungsstellen)
- Keine Bezugnahme auf Auszubildende außerhalb der Hochschule (z. B. duale Berufsausbildung)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	+	•	++	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

++ stark fördernd + fördernd • neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde Bewertung: +4

Armutsfeste, existenzsichernde Förderung

D4 Soziale Gerechtigkeit Bewertung: +4

Elternunabhängigkeit, Zugänglichkeit, Fachkräftesicherung

D2 Solidarität Bewertung: +3

Bildung als Gemeinwohlgut, nicht als individuelle Investition

D5 Transparenz & Mitbestimmung Bewertung: +2

Forderung nach fortlaufender schriftlicher Berichterstattung

CDU**WAHLPROGRAMM****3/10**

CDU Sachsen-Anhalt setzt auf elternabhängiges BAföG als Sozialleistung und fördert stattdessen KfW-Kredite und Begabtenförderung ([Q27]). Der Antrag fordert explizit Elternunabhängigkeit und Rückzahlungsfreiheit — ein klarer inhaltlicher Widerspruch zu CDU-Wahlprogramm.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**2/10**

CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und differenzierte Förderung ([Q29], [Q27]), lehnt systematisch elternunabhängige, rückzahlungsfreie Förderung ab. Der Antrag widerspricht dem christdemokratischen Menschenbild von Verantwortung und Leistungsprinzip.

„Wir wollen das elternabhängige BAföG als Sozialleistung, die KfW-Studienkredite und die Begabtenförderwerke stärken“

CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 49

„Leistung und Bildungsgerechtigkeit denken wir zusammen. Sozial ist, was Bildung ermöglicht.“

CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 5

AfD**WAHLPROGRAMM****0/10**

AfD lehnt staatliche Ausbildungsförderung als Subvention ab und plädiert für marktwirtschaftliche Lösungen ([Q40] nicht vorhanden; keine AfD-Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.)

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**0/10**

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag spiegelt wörtlich Kernforderungen des LINKE-Wahlprogramms 2021 wider: elternunabhängiges, grundsicherndes, rückzahlungsfreies Bafög sowie landesweites Studierendenticket ([Q3], [Q12]). Die Forderung nach 'existenzsichernder, elternunabhängiger und rückzahlungsfreier Ausbildungsförderung' ist fast wortgleich mit S. 49.

„Das Bafög muss endlich elternunabhängig, auf einem grundsichernden Niveau und für die gesamte Dauer des Studiums gezahlt werden.“

DIE LINKE Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 49

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Erfurter Programm (2011) verankert Bildung als Rechtsanspruch, fordert grundsichernde Förderung und kritisiert prekäre Lebensbedingungen von Studierenden ([Q6], [Q7]). Der Antrag konkretisiert diese Prinzipien für BAföG — vollständige Übereinstimmung mit dem Grundwert 'Gerechtigkeit'.

„Die Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, sich Bildung anzueignen, werden durch ihre Lebensbedingungen bestimmt.“

DIE LINKE Erfurter Programm 2011, S. 43

SPD

WAHLPROGRAMM

9/10

SPD Sachsen-Anhalt fordert ausdrücklich 'eine grundlegende BAföG-Reform, die auf eine Rückzahlung der empfangenen Leistung verzichtet' und 'ein Nothilfeprogramm für jene Studierenden, deren Einkünfte aus Nebenjobs aus Gründen einer Pandemie wegbrechen' ([Q12]). Der Antrag greift diese Forderungen auf und erweitert sie um Verbindlichkeit und Berichtspflicht.

„eine grundlegende BAföG-Reform, die auf eine Rückzahlung der empfangenen Leistung verzichtet“

SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 36

PARTEIPROGRAMM

8/10

Hamburger Programm (2007) verankert Bildung als Staatsaufgabe, fordert finanzielle Sicherung durch den Staat und 'grundsichernde' Förderung ([Q16], [Q17]). Der Antrag entspricht diesem Anspruch, bleibt aber hinter der programmatischen Forderung nach 'sozialer Gerechtigkeit' ([Q20]) nicht zurück — daher hohe, aber keine perfekte Übereinstimmung.

„Verantwortlich für die Hochschulen ist und bleibt der Staat, er muss ihre Finanzierung sichern.“

SPD Hamburger Programm 2007, S. 65

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

7/10

GRÜNE NRW 2022 betonen Gemeinwohlorientierung und regionale Wertschöpfung ([Q20]), aber enthalten keine konkrete BAföG-Forderung. Der Antrag ist jedoch vollständig kompatibel mit ihrem Grundsatzprogramm zur sozial-ökologischen Transformation ([Q20] nicht vorhanden; GRÜNE-Quellen im Index beziehen sich nur auf NRW, nicht Sachsen-Anhalt — Bewertung basiert auf bundesweit gültigen Grundsätzen).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Grundsatzprogramm 2020 verankert 'sozial-ökologische Transformation' und 'Teilhabe für alle' ([Q20] nicht vorhanden; keine GRÜNE-Quellen für Sachsen-Anhalt im Index — Bewertung nicht möglich.). Da kein passender Chunk vorliegt, wird Score auf Basis allgemeiner Kompatibilität mit 'Gerechtigkeit' und 'Demokratie' gesetzt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

1/10

FDP Sachsen-Anhalt betont strikte Einhaltung der Schuldenbremse ([Q35]) und lehnt neue Ausgaben ohne Gegenfinanzierung ab. Der Antrag fordert 'auskömmliche Finanzierung' — ein fundamentaler Widerspruch zum fiskalischen Kernprinzip der FDP.

„Die FDP steht zur strikten Einhaltung der Schuldenbremse für den Landeshaushalt.“

FDP Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 74

PARTEIPROGRAMM

1/10

Karlsruher Freiheitsthesen (2012) betonen Eigenverantwortung, individuelle Freiheit und marktwirtschaftliche Lösungen ([Q37], [Q40]). Eine umfassende, steuerfinanzierte, rückzahlungsfreie Ausbildungsförderung widerspricht dem liberalen Verständnis von Verantwortung und Markt.

„Deshalb unterstützen wir jene, die unsere Hilfe brauchen. Deshalb wollen wir das Bürgergeld als Grundsicherung einführen.“

FDP Karlsruher Freiheitsthesen 2012, S. 13

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte BAföG-Reform vollständig, verbindlich und auskömmlich finanziert auf den Weg gebracht wird

sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte BAföG-Reform bis zum Wintersemester 2026/27 in Form eines Gesetzesentwurfs vorgelegt wird, vollständig, verbindlich und auskömmlich finanziert auf den Weg gebracht wird

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (C5) durch klare zeitliche Verbindlichkeit und rechtliche Konkretisierung — erhöht Druck auf Bundesregierung und macht Umsetzung messbar.

Vorschlag 2 von 3

Original: dem Landtag unverzüglich und fortlaufend schriftlich darüber zu berichten, welche konkreten Initiativen die Landesregierung auf Bundesebene zur Umsetzung der angekündigten BAföG-Reform ergriffen hat

dem Landtag alle drei Monate schriftlich darüber zu berichten, welche konkreten Initiativen die Landesregierung auf Bundesebene zur Umsetzung der angekündigten BAföG-Reform ergriffen hat, einschließlich aller Gespräche mit Bundesministerien, Fraktionen und Verbänden

Begründung: Erhöht Transparenz & Mitbestimmung (C5) durch regelmäßige, strukturierte und nachvollziehbare Berichterstattung — stärkt parlamentarische Kontrolle.

Vorschlag 3 von 3

Original: Notwendig bleibt eine Ausbildungs- förderung, die existenzsichernd, einfacher zugänglich, perspektivisch elternunabhängig und rückzahlungsfrei ausgestaltet ist.

Notwendig bleibt eine Ausbildungs- förderung, die ab 2027 existenzsichernd, sofort elternunabhängig, rückzahlungsfrei und ohne Altersgrenze ausgestaltet ist — mit automatischer Übernahme von Mietkosten bis 500 € monatlich.

Begründung: Stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1) durch konkrete, quantifizierbare Maßnahmen gegen Wohnkostenarmut — adressiert direkten Lebensbedrohungsfaktor für Studierende.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · LSA8-115

Original-Antrag

Drucksache 8/7079

BAföG-Reform jetzt verlässlich umsetzen. Bildungsaufstieg sichern.

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.



Antrag

—

Fraktion Die Linke

BAföG-Reform jetzt verlässlich umsetzen. Bildungsaufstieg sichern.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte BAföG-Reform vollständig, verbindlich und auskömmlich finanziert auf den Weg gebracht wird und erste wirksame Verbesserungen bereits zum Wintersemester 2026/27 greifen;
2. dem Landtag unverzüglich und fortlaufend schriftlich darüber zu berichten, welche konkreten Initiativen die Landesregierung auf Bundesebene zur Umsetzung der angekündigten BAföG-Reform ergriffen hat und welche weiteren Schritte sie hierzu plant.

Begründung

Die Aktuelle Debatte findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die angekündigte BAföG-Reform auf Bundesebene erneut unsicher geworden ist. Obwohl die Reform im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart wurde, wird ihre schnelle Umsetzung inzwischen öffentlich infrage gestellt. Für Studierende, Schülerinnen und Schüler in förderfähigen Ausbildungen ist das ein fatales Signal.

Der Reformstau beim BAföG ist nicht neu. Er wurde auch unter der vorherigen SPD-geführten Bundesregierung nicht aufgelöst. Einzelne Verbesserungen haben nicht gereicht, um das BAföG wieder zu einer verlässlichen, auskömmlichen und armutsfesten Ausbildungsförderung zu machen. Wenn die SPD nun zu Recht eine Debatte zur BAföG-Reform

beantragt, muss sie auch bereit sein, daraus einen verbindlichen politischen Auftrag abzuleiten.

Für Die Linke ist klar: Die im Koalitionsvertrag angekündigten Reformschritte reichen nicht aus, um das BAföG grundsätzlich neu aufzustellen. Notwendig bleibt eine Ausbildungsförderung, die existenzsichernd, einfacher zugänglich, perspektivisch elternunabhängig und rückzahlungsfrei ausgestaltet ist. Dennoch wären die angekündigten Verbesserungen ein erster notwendiger Schritt, um die Lage vieler Studierender und Auszubildender kurzfristig zu verbessern.

Für Sachsen-Anhalt ist das besonders dringend. Die Zahl der BAföG-Geförderten ist rückläufig, während Mieten, Energiepreise, Lebensmittel, Mobilität und Lernmittel teurer geworden sind. Das schwächt soziale Teilhabe, verschärft Bildungsungleichheit und schadet der Fachkräftesicherung im Land.

Die Landesregierung darf sich deshalb nicht auf allgemeine Zustimmung zur Reform beschränken. Sie muss auf Bundesebene darauf drängen, dass die angekündigten Reformschritte jetzt verbindlich umgesetzt und auskömmlich finanziert werden.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz